



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die "Presse" und ihre Principien.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

drückte, ob dieser zur Ehre, zum Ruhme und zur gesetzlichen Freiheit des großen Oestreich wirkte — — sollen wieder parteiische Richter beurtheilen, also die Zukunft.

## Die „Presse“ und ihre Principien.

Aus Agram.

Unter den östreichischen Journalen hat unseugbar die „Presse“ die größte Verbreitung. Wer aber aus dieser Thatsache den Schluß ziehen wollte, daß sie auch zugleich die öffentliche Meinung selbst nur einer relativen Majorität repräsentirt, würde mehrere wesentliche Momente der Beurtheilung außer Acht lassen. Er würde vergessen, daß die „Presse“ nicht nur das billigste unter den Journalen ist, sondern auch, daß fast in allen Theilen der Monarchie und namentlich im Hauptquartier der Journalistik, in Wien, die oppositionelle Presse gänzlich unterdrückt wurde, während das Bedürfniß nach Tagesblättern in Oestreich außerordentlich ist, daß ferner in unsern Tagen der politischen und nationalen Aufregung jeder Zeitungsleser selbst aus den Blättern der entgegengesetzten Richtung nur die Bestätigung der eigenen Ansicht herausliest, und endlich, daß sich der Gebildete jeder Meinung, angezogen von dem anständigen Ton dieses Journals, welcher von dem seiner Gesinnungsgegnen sehr vortheilhaft absticht, bei der geringen Auswahl an Organen, gerne für dieses Blatt entscheidet. Ueberdies vertritt die „Presse“ bisher trotz aller Protestationen unter einigen Reserven immer die jeweilige Regierung, was sie „gouvernemental“ nennt, und gewinnt dadurch für den Leser an Bedeutung und Interesse. Möglich, daß die Redaction der „Presse“ von der aufrichtigen Ueberzeugung geleitet wird, wie unter den heutigen Verhältnissen eher die Wohlfahrt des Landes als die Freiheit seiner Bürger in den Vordergrund treten müsse. Aber es wird noch jedem Leser der „Presse“ erinnerlich sein, daß sie unter dem Ministerium Stadion mit allen Waffen der Beredsamkeit die Theilung Deutschlands in Nord- und Süddeutschland versocht. Seitdem ist Stadion abgetreten und die „Presse“, welche sich in der Uebergangsperiode auf die reine Negation verlegte, fängt jetzt an, auf den Bund von 1815 zurückzugehen, obwohl ihr schmähliches Theilungsproject von ehemals gerade heute mehr Chancen böte, als früher.

Der Standpunkt, von welchem die Redaction der „Presse“ den Staat selbst und jede Regierungsmaßregel betrachtet, ist wie sie sich rühmt der „nationalökonomische.“ Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Anschauungsweise ihr anscheinend hinlängliche Berechtigung gibt, ihr Streben für vorzugsweise „praktisch“ zu halten. Staaten, Grenzboten. III. 1849.

wie Frankreich und England werden allen Theorien zum Trog die letzten Gründe der politischen Erscheinungen zum großen Theil auf diesem Gebiete suchen müssen. Das nächste Postulat dieser Anschauungsweise ist die Erzielung einer vollständigen Centralisation. Wir finden also die „Presse“ auf dem Wahlplatz in den Reihen der Kämpfer für unbedingte Centralisation. Ob nun dieses Beginnen, und mit ihm das ganze nationalökonomische Gebäude der „Presse“ auch bei uns ein wahrhaft praktisches ist, ob namentlich die Mittel, welche sie für den Bau vorschlägt ehrbar und zweckmäßig sind, wird ein großer Theil ihrer Leser sehr bezweifeln.

Nach dem October vorigen Jahres war die „Presse“ das Organ des Hrn. von Stadion. Dieser Staatsmann scheint in seinen vor- und nachmärzlichen Bestrebungen die Regierungsthätigkeit des Kaiser Joseph mit einigen zeitgemäßen Schnörkeln vor Augen gehabt zu haben. Sein Streben war gewiß ehrlich, allein die Reaction ging über ihn weg. Man sagt, und es hat die größte Wahrscheinlichkeit für sich, daß er seinen Posten in dem Augenblick verließ, als die russische Intervention wider seinen Willen im Cabinet durchgesetzt war. Er mochte fühlen, daß nun seine Pläne für Oestreichs Wohlstand und Kraft zu nichte würden, und daß seine ganze Politik ihren Halt und Werth verloren. Wir sind zwar der Ueberzeugung, daß die russische Intervention nach den taktlosen Manoeuvres des Fürsten Windischgrätz eine unvermeidliche Folge der Centralisationsbestrebungen war, denn wir sehen, die Unzufriedenheit der übrigen Provinzen ungerechnet, welcher Aufwand von Macht erforderlich war, den ungarischen Aufstand bei der kurzen Zeit, welche seinen Häuptern zur Organisirung gegönnt war, niederzudrücken. Wäre sie aber nicht nöthig gewesen, so hätte allerdings die Politik des Grafen Stadion viele Chancen des Reussirens gehabt. Denn unter dieser Voraussetzung hätte der östreichische Staat Kraft genug besessen, nach innen und nach außen seine nationalökonomischen Interessen zu wahren. Diese Kraft wäre zugleich das Resultat und der Beweis der Thatsache gewesen, daß die Regierung eine constitutionelle und auf ihrer Seite, den stolzen Magyarenadel ausgenommen, die Mehrheit der östreichischen Bevölkerung stehe. Daß sich aber die Regierung diese Kraft nicht zutraute, und nicht zutrauen konnte, würde schon an sich, ohne andere Gründe den Beweis liefern, daß sie auf die Unterstützung im Volk nur wenig rechnen kann. Doch gleichviel — der Minister Stadion trat ab, als er einsah, daß seine Politik unmöglich wurde. Die „Presse“ aber trat nicht ab.

Die Thatsache der russischen Intervention fällt freilich nicht der „Presse“ zur Last, allein sie sollte begreifen, daß ihre Politik von früher in keinem Fall mehr „praktisch“ ist. Denn bei der bekannten Richtung der russischen Politik, läßt sich kaum erwarten, daß Kaiser Nikolaus auf die Theorie der „Presse“ bezüglich des Donaubeckens viel Rücksicht nehmen wird. Er betrachtet vielmehr die Centralisation als gutes Mittel, die Unzufriedenheit im Innern, welcher nun kein über-

riebenes Maß von Wohlstand in den Mund gestopft werden kann, zu nähren, und die Regierung für immer zu schwächen.

Die „Presse“ hat an die Spitze ihres Blattes „Gleiches Recht für Alle“ gesetzt. Sie nennt ihr Streben ein constitutionelles und versteht darunter die gleiche Berechtigung sowohl in politischer als nationaler Beziehung. Um zu zeigen, wie sehr die Centralisationspolitik in ihrer schönsten Form in die schmutzigsten absolutistischen Konsequenzen ausartet, wie selbst die reinliche Presse in unbewachten Augenblicken den Vorhang vor dem ekelhaften Hauswesen dieser Politik lüftet, wollen wir einen kurzen Artikel hier folgen lassen, der sehr unschuldig klingt und der doch so perfid ist.

„Von der Theißmündung, 14. Aug. Das bekannte Auftreten des Banalrathes hat hier in den besonnenen und intelligenten Kreisen der Gesellschaft viel Mißvergnügen erregt. Zum Glück geht dieses Wagniß nur von einer Fraction aus, die, nachdem sie in der Detrovirung für ihre föderalistischen Tendenzen allen Boden verloren, noch in Agram ihre letzten Versuche macht, um einiges Terrain zu gewinnen. So weit wir diese Partei kennen, so ist es eben jene demokratische Fraction, die von den Tendenzen der Prager Slowanska lipa influenzirt, auch in der Grenze durch Filialen Pflanzschulen zu gründen gesucht, und gegenwärtig den älteren Theil des Banalrathes ins Schlepptau genommen hat. Wir fürchteten diese Opposition schon lange, trösteten uns jedoch mit der Hoffnung, daß der Gährungsprozeß, der in Kroatien vor sich gegangen, denn doch mehr Einsicht in die eigene Sachlage zur Geltung bringen, und daß Kroatien am allerwenigsten bei der Constituirung der Monarchie ein Autonomiemonopol beanspruchen werde, ja im Geiste der Gleichberechtigung nicht einmal beanspruchen dürfe. Dieses letzte gewagte Auftreten erscheint uns auch ganz im Widerspruch mit der Loyalität, die so wortreich von Agram ausposaunt wurde, während jetzt der nackteste, politische Egoismus zu Tage kommt.

Wir wiederholen, es ist blos die demokratisch föderalistische Partei, die ihre letzten Anstrengungen macht, und zu deren Organe sich der Banalrath unbegreiflicher Weise gemacht hat. Zum Glück hat diese Sonderbündelei geringen Anhang. Nicht sowohl lächerlich als vielmehr bemitleidenswerth erscheint uns der 6. Punkt des revolutionären Plakates, wo den Abgeordneten der Militärgrenze der große Einfluß auf die Beschlüsse des letzten Agramer Landtags vindicirt wird. Mit gleichem Rechte könnte man den galizischen Bauern den Haupteinfluß auf den Krensfirer Reichstag zuerkennen. Wer waren die Ablegaten der Grenze zu Agram? Größtentheils Grenzer, Handelsleute und Verwaltungsbeamte. Die Ersten ganz unfähig, die Sachlage aufzufassen, die Zweiten voll Haß gegen die Militärregierung und selbst regierungsfüchtig und die Dritten voll Mißmuth gegen die Vormundschaft des Hofkriegsraths, der sie in eine drückende Stellung gebracht. Die wenigsten hatten österreichischen Patriotismus in die Sectionsberatungen gebracht; die demokratische und separatistische Tendenz war bei den Intelligenteren aus ihnen am meisten vertreten, während die Uebrigen bloße Figuranten abgaben. Manches redliche Streben mag hier wohl zum Vorschein gekommen sein, aber es ging in den allgemeinen separatistischen Tendenzen unter. Wie wir übrigens die Stimmung und die Zustände der Grenze kennen, so wäre es nicht einmal gewagt, staatsgefährliche Tendenzen der Provinzialkroaten und Slavonier blos durch Grenzer zu bekämpfen, da der Grenzer in seiner Anhänglichkeit an den Kaiser und seinen Befehl durch Nie-

mand, selbst durch den galizischen Bauer, übertroffen wird, so sehr man sich auch Mühe gegeben, ihn in die Tendenzen einer gewissen Partei mit hinein-zuziehen. Dies die wahre, aus der Stimmung abgeleitete Stellung des Grenzvolkes zu den Provinzialisten."

Welche Ansichten werden hier über Volksvertretung ausgesprochen! Jedermann außer dem Mitarbeiter der „Presse“\*) weiß, daß die Bevölkerung der Grenze nur allein aus Grenzern, Handelsleuten und Verwaltungs-offizieren besteht. Es ist also natürlich, daß auf den Landtag und auf einen etwaigen Reichstag nur solche geschickt werden können. Wenn nun die „Presse“ keinen Anstand nimmt, der Bevölkerung eines Landes sammt ihren Vertretern Unfähigkeit, Haß und Rachsucht zuzumuthen, weil sie nicht centralistisch gesinnt sind, wenn sie die „Redlichkeit“ nur in dem Eingehen auf ihre Pläne findet, so läßt es sich schwer erklären, wie sie das mit constitutionellen Grundsätzen in Einklang bringen kann. Wenn sie den „Intelligenteren,“ welche freilich dort durchweg föderalistisch denken, den Weg in die Kammer abschneiden möchte, wenn sie den Banalrath desavouirt, weil er „unbegreiflicher Weise“ nicht ihrer Meinung ist, wenn sie unter Loyalität das Aufgeben seiner innersten Ueberzeugung für die vorgefaßte Meinung der Regierung versteht, wenn sie einerseits den Grenzer dem galizischen Bauer an Unverstand gleichstellt, und weiter unten mit durchgeschossenen Letztern die trostreiche Versicherung gibt, daß die „Intelligenteren“ mit echt galizischer Bauerntreue von den Grenzern selbst im Falle einer Meinungsdivergenz mit der Regierung bekämpft werden können — dann läßt es sich leicht ermessen, welche Hoffnungen uns die constitutionellen Ansichten der Presse in Aussicht stellen, besonders, wenn man die Thatsache vor Augen hat, daß auch in einem Theile Böhmens sowohl, als in Galizien, in Italien wie in Ungarn, in der Slowakai wie in der Wojewodina die „Intelligenteren“ föderalistisch gesinnt sind.

So spricht also die Repräsentantin der Centralisation von einem Lande, ohne dessen vergossenes Blut das Haus Habsburg jetzt schon um eine Krone weniger besäße. Eine solche Politik ist allerdings sehr praktisch, sie hat ihre Brauchbarkeit im Jahre 1846 in Galizien bewährt, aber sie ist nicht dauerhaft und vor Allem nicht constitutionell.\*\*)

\*) Die Presse hat es wiederholt geltend gemacht, daß die Redaktionen für jeden aufgenommenen Artikel verantwortlich sind.

\*\*) Wir theilen diesen Artikel mit, weil er die Ansichten eines gebildeten Mannes aus einer Gegend der österreichischen Monarchie darlegt, welche jetzt in eigenthümlicher Stellung zur Regierung ist; wir machen aber zwei Bemerkungen dazu: erstens, daß die Politik der „Presse“ durch den Artikel nicht vollständig charakterisirt wird, und daß es überhaupt nicht lohnt, ernsthaft viele Worte darüber zu machen. Die Journalistik Wiens ist jetzt nicht übermäßig zurechnungsfähig, ob die „Presse“ je in diesem Zustand kommen wird, müssen wir abwarten; — zweitens aber stehen wir zwar in heftiger Opposition gegen die octroyirte Verfassung, weil